

Titel	Aufstehen gegen Internierungslager in China		
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken		
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Aufstehen gegen Internierungslager in China

- 1 Vor dem Hintergrund der Errichtung von Internierungslagern in der chinesischen Provinz Xinjiang
2 fordern die Jusos Aschaffenburg die Adressaten dazu auf folgenden Antrag an den Bundesparteitag zu über-
3 weisen:
- 4 Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von Sanktionen gegen natür-
5 liche und juristische Personen und Unternehmen einzutreten, die
- 6 1. An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von Internierungslagern in Xinjiang
7 beteiligt sind
 - 8 2. An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb dieser Lager betei-
9 ligt sind
 - 10 3. In den Lagern in leitender Funktion tätig sind
- 11 Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann
- 12 1. Ein Verbot der Einreise nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten natürlichen Personen
 - 13 2. Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen Personen in
14 Deutschland
- 15 Weiterhin ist zu prüfen ob
- 16 1. Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik beendet werden
17 kann
 - 18 2. Ein Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie an China die genutzt werden kann um politische
19 Gegner und Mitglieder ethnischer Minderheiten ausfindig zu machen
 - 20 3. Der Schutz von ehemaligen politischen Häftlingen aus Diktaturen und Kriegsgebieten, hier am Beispiel
21 der Volksrepublik China, verbessert werden kann
- 22 Die chinesische Regierung hat in der Provinz Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million Insassen errichtet,
23 in denen sie die ethnische Minderheit muslimischer Chinesen, die Uiguren interniert. Inhaftierte berichten
24 von Vergewaltigung und Folter, sogar grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Gänge auf die Toilette sind
25 beschränkt.
- 26 Auch deutsche Unternehmen sind an der Überwachung der Uiguren, die zu deren Inhaftierung in
27 Lager führt, beteiligt. Siemens unterhält beispielsweise eine Technologiepartnerschaft mit dem verantwortli-
28 chen chinesischen Militärunternehmen und die KfW finanziert den Bau einer U-Bahn in der Provinzhauptstadt
29 deren Ticketsystem Teil der Massenüberwachung ist[3].
- 30 Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass die Internierung von Menschen auf Grund ihrer ethnischen Zugehö-
31 rigkeit und ihrer Religionszugehörigkeit in streng bewachten Lagern einen

- 32 beispiellosen Akt der Barbarei darstellt, der durch entschlossenes Handeln der Staatengemeinschaft sofort zu
33 beenden ist.
- 34 Der Gedanke, dass deutsche Unternehmen Technologie und Gelder für dieses Lager- und
35 Überwachungssystem bereitstellen ist unerträglich. Das die verantwortlichen Beamten und Parteifunktionäre
36 nach Belieben in Deutschland reisen dürfen und freien Zugriff auf ihr sich in Deutschland befindliches Vermö-
37 gen haben ist vollkommen unverständlich.
- 38 Die Bundesregierung muss deshalb durch den Einsatz von individuellen Sanktionen ihre Möglichkeiten der
39 Einflussnahme nutzen und somit der historischen Verantwortung Deutschlands gerecht werden

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: